

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 25

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Montag, den 30. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Denkschrift an die Reparationskommission über unsere künftigen Leistungen schließt sich im wesentlichen an die Rede Dr. Rathenau's in Cannes an.
- * Der Reichskanzler gab im Reichstage in einer großen Rede Aufschluß über die auswärtige Politik und das Steuerkompromiß.
- * Der Landwirtschaftsausschuß des Reichswirtschaftsrates erklärte sich mit der Erhöhung der Mehl- und Brotpreise vom 16. Februar ab einverstanden.
- * Der Reichsverkehrsminister warnt die Eisenbahnbeamten vor der Beteiligung oder Unterstützung eines Streiks.
- * In einer auch von anderen Körperschaften starkbesuchten Versammlung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft in Dresden wurde der Wille zum Hilfsdienst der Landwirtschaft entschieden betont.
- * Der zurückgetretene österreichische Bundeskanzler Schönerer wird erneut die Leitung des Kabinetts übernehmen.
- * Amerika will an der Konferenz in Genua nicht teilnehmen.
- * Der Dollar stieg sich an der Berliner Freitagbörse auf 201,20 Mark.

Der siegreiche Kanzler.

Aber die große Rede des Reichskanzlers erhalten fort von unserem Berliner parlamentarischen Mitarbeiter folgende Ausführungen:

Schon war es nicht, wie auch diese „große“ Reichstagsführung vom Montag auf den Dienstag und vom Mittwoch auf den Donnerstag verschoben und ihr Beginn schließlich von einer Nachmittags- auf eine frühe Abendstunde verlegt werden mußte, weil immer noch eine allerletzte Hand an das Steuerkompromiß als die sichere Grundlage der weiteren Regierungspolitik gelegt werden mußte. Doch die Sitzung findet trotzdem — oder gerade deswegen? — ein übervolles Haus, ein aufnahmefähigeres Publikum. Man rechnet damit, daß der Kanzler noch mehr zu sagen haben werde, als in den unständlichen Parteiverhandlungen dieser Tage im Vordergrund aller Sorgen und Überlegungen stand. Man ist auch einigermaßen begierig auf den Anblick dieses Kanzlers, von dem man manchmal nicht begreifen kann, wie er in den von allen Seiten ihn umbräunenden Stürmen der Gegenwart noch die geistige Frische aufzubringen vermag, um in jedem Augenblick an der Stelle seinen Mann zu stehen, die ihn gerade erfordert.

Schon steht auch Herr Dr. Wirth am Rednerpult und beginnt, unbefangen um sich herblickend, wie immer, das Antlitz mit frischer Note bedeckt, zu sprechen. Was er zunächst vorträgt, ist eine neue Rechtfertigung seiner Erfüllungspolitik, ein Überblick über die letzten Bemühungen und Verhandlungen mit den Westmächten, wobei er der Person wie der Wirksamkeit des freiwilligen Regierungskommissars Dr. Rathenau warme Worte der Anerkennung spendet. Natürlich stehen wir noch lange nicht vor einem abschließenden sicheren Ergebnis; aber in Cannes haben wir doch zum erstenmal in freier Weise und anders als in einem Verhör die wahre Lage Deutschlands vor einer Konferenz auseinandersetzen können, auf welche die Augen der ganzen Welt gerichtet waren. Herr Dr. Wirth beteuert auch heute wieder, daß er loyal und aufrichtig bestrebt sein werde, eine vernünftige und mögliche Lösung der Reparationsfrage zu fördern:

Wir werden nach Genua gehen und kommen nicht mit dem Dolch im Gewande und mit hinterlistiger Absicht, sondern mit offenem Visir und mit der Devise, die auch die des Konferenzprogramms ist: Verständigung aller Nationen, der Armen und der Reichen, der Sieger und der Besiegten zu dem Ziele der Wiederherstellung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.

Leicht findet der Kanzler nur den Übergang von Genua nach Paris. Man habe, durchaus nicht nur in Deutschland, den Kabinettswechsel in Frankreich als ein Symptom dafür angesehen, daß der Wiederherstellung eines dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch Rückschläge drohen könnten. Die deutsche Politik werde freilich jeder französischen Regierung gegenüber, ob sie von Herrn Briand oder von Herrn Poincaré geführt wird, dieselbe Haltung einzunehmen haben, nämlich die auf ehrlichen Friedenswillen und auf nüchterne Erkenntnis realer politischer Machtverhältnisse gestützte Bereitwilligkeit, den Interessen Frankreichs soweit Befriedigung zu verschaffen, als dies nur irgend in unserer Macht liegt. Dr. Wirth will Herrn Poincaré mit Rücksicht auf die Vergangenheit nicht folgen, will sogar Fragen, die auch in unserem Volke leidenschaftlich und mit starkem Rufe nach Gerechtigkeit erörtert werden, beiseite lassen, weil er sich jetzt von öffentlichen Wechselreden der leitenden Staatsmänner über so schwierige Dinge keinen Nutzen versprechen kann. Seine Antwort an Herrn Poincaré soll das Ziel nicht aus dem Auge lassen, einer glücklicheren Zukunft Europas die Wege ebnen zu helfen. Aber — und nun hebt er seine Stimme — dem Vorwurf, Deutschland habe seine Verpflichtungen gegenüber Frankreich noch nicht einmal zu erfüllen begonnen, müsse er doch laut widerprechen:

„Aber seit Annahme des Londoner Ultimatums hat Deutschland an die Entente-mächte Darlehen im Betrage von 1108 Millionen Goldmark und Sachleistungen im Betrage von 420 Millionen Goldmark abgeliefert. Hierzu treten die im Clearing-Verfahren seit dem Friedensschluß abgeführten Beträge von 500 Millionen Goldmark. Aber schon in der Zeit des Waffenstillstandes bis zur Annahme des Londoner Ultimatums hatte Deutschland bereits Leistungen getätigt, die man nicht einfach unberücksichtigt lassen darf, wie das Herr Poincaré getan hat. Ich nenne nur die Ablieferung der Handelsflotte, der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, der Seekabel u. a. Wenn also Herr Poincaré erklärt, Deutschland habe nichts geleistet, so ist das nicht richtig.“

Aber mehr noch: Der französische Ministerpräsident hat sogar behauptet, Deutschland habe nichts leisten wollen, sondern absichtlich eine Politik verfolgt, die zu einer eigenen Bereicherung und zur Schädigung der französischen Finanzen und der französischen Interessen geführt habe. Der Reichskanzler weist auch diesen ungleich schwereren Vorwurf entschieden zurück und stellt fest, daß wir mit unserem Bemühen, diese völlig unzutreffende Auffassung der ökonomischen Grundtöne unserer Entwicklung in der letzten Zeit zu zerstören, im Auslande schon namhafte Erfolge zu verzeichnen haben — nur nicht in Frankreich, von dem man den Eindruck gewinnen müsse, als ob man uns dort nicht hören will.

Noch wenige Worte, und Dr. Wirth lenkt zur Frage der Kriegsschuldigen über, deren Auslieferung zu fordern Herr Poincaré sich nicht versagen konnte. Die Wiederholung des bekannten Beschlusses der Kommission des Obersten Rates löst starke Proteste im hohen Hause aus. Mit aller Schärfe weist der Reichskanzler den gegen das Reichsgericht erhobenen Vorwurf der Parteilichkeit zurück:

„Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Oberste Rat das Gutachten der Kommission nicht als genügende Grundlage ansehen wird, um darauf das Verlangen nach Auslieferung Deutscher zu wiederholen. Wie die deutsche Regierung seinerzeit nach Empfang der Auslieferungsliste, der physischen Unmöglichkeit gegenüberstand, die verlangte Auslieferung auszuführen, so wird auch heute, im vierten Jahre nach Beendigung des Krieges, keine deutsche Regierung sich halten können, die den Versuch machen wollte, die Auslieferung zwangsweise durchzuführen.“

Mit diesen Worten ernennt Dr. Wirth lebhaften und nahezu einmütigen Beifall im ganzen Hause. Wenn die französische Regierung etwa eine neue Auflage ihres Systems der Garantien und Sanktionen im Sinne habe, so werde die deutsche Regierung, fährt Dr. Wirth fort, diesem gänzlich negativen und unfruchtbaren Programm ein positives Programm entgegenstellen mit dem halbigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens an der Spitze.

Für Genua, erklärt der Kanzler, ist die Aufgabe gestellt, nach Klärung der politischen Atmosphäre den Grundstein für eine produktive Völkergemeinschaft zu legen. Dabei wird Deutschland nicht nur als Bedürftiger und Bittender, sondern als Pionier auf neuen Wegen erscheinen können. Dr. Wirth glaubt nun mit allen Mächten darin einig, daß der Wiederaufbau Rußlands nur im Einverständnis mit Rußland ausgeführt werden kann. Deutschland würde die ernstesten Bedenken haben gegen eine Politik, die Rußland wie eine Kolonie betrachten und behandeln möchte. Auch dieses russische Programm des Kanzlers findet die laute Zustimmung der Versammlung. Der Kanzler schiebt eine kleine Pause ein und gedenkt nun noch des Todes Benedikts XV. und bringt die große Verheißung der Christenheit in Erinnerung: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Dreiviertel Stunden etwa hat der Kanzler gesprochen und wird mit stürmischem Beifall belohnt. Über den Berg sind wir, das wissen alle, noch lange nicht, noch nicht einmal für das Jahr 1922. Aber daß wir — langsam natürlich, sehr langsam — uns loszupfen beginnen von den unerträglichen Fesseln des Versailler Vertrages, das ist doch die vorherrschende Überzeugung. Und Dr. Wirth darf, wenn seine Politik sich schließlich durchsetzen sollte, das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine Arbeit geleistet zu haben, wie nur wenige Politiker sie ihm am Beginn seiner öffentlichen Wirksamkeit zugetraut haben.

Der endgültige Steuerplan.

(Zwangsanleihe. — 2 Prozent Umsatzsteuer. — Verbrauchssteuern und Zölle. — Mantelgesetz. — Anpassung an die Geldentwertung.)

In seiner großen Reichstagsrede hat der Reichskanzler die neuen Steuern, wie sie nun zustande kommen sollen, folgendermaßen skizziert: Das Gesamtaufkommen unserer Steuern überhaupt nach Annahme der vorgelegten Steuererlasse, die jetzt zur Verabschiedung kommen sollen, wird auf rund hundert Milliarden Mark geschätzt. Gegenüber den im Haushaltsplan für 1921 eingestellten rund 55 Milliarden Mark bedeutet dies fast eine Verdoppelung. Um dieses Ziel zu erreichen, war ein Kompromiß notwendig, an dem sich die Parteien von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei beteiligt haben. Sie haben sich im wesentlichen auf die Regierungsvorlagen geeinigt, jedoch mit folgenden Änderungen.

1. Bei der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer sind die von der Regierung vorgeschlagenen mittleren Tarife vorzuziehen; der Zuschlag zur Vermögenssteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll durch Gesetz eine Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark aufgelegt werden, die in den ersten drei Jahren unverzinst bleiben soll. Dadurch sollen die Mittel für die Kredite käuflich gemacht werden, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Rechnungsjahres 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsankalten bestimmt sind.

2. Die Nachkriegsgewinnsteuer soll fallengelassen werden, da ihre Erhebung den Finanzämtern eine nicht im Verhältnis zum Aufkommen stehende Arbeit verursacht.

3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 2 Prozent zur Anwendung kommen; die vielfach bestrittene Frage der Umsatzsteuer der Genossenschaften soll aus der Diskussion ausbleiben.

4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.

5. Die Zuckersteuer wird mit Rücksicht auf die starke Verdrängung des Verbrauchs durch die Umfah- und Kohlensteuer und auf die Bedeutung des Zuckers für die Säuglingsernährung auf 50 Mark für den Doppelzentner festgesetzt.

6. Die Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates bemessen werden.

7. Bei der Biersteuer sollen bezüglich der Steuerhöhe die Beschlüsse erster Lesung aufrechterhalten werden. Die Regelung der Gemeindeförderung soll dem Landessteuergesetz überlassen bleiben.

8. Die Einheit der gesamten Steuerbefreiungen soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden; in diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.

Im Anschluß an dieses Gesetzgebungswerk wird bei den sonstigen Steuern geprüft werden müssen, ob und inwieweit sie der Geldwertentwicklung anpassen sind. Hierbei wird im Interesse einer möglichst schnellen Durchführung der bestehenden und der zu beschließenden Gesetze, insbesondere auch das Bedürfnis der Steuerverwaltung nach möglicher Vereinfachung der Gesetzgebung weitgehendste Rücksicht zu nehmen sein.

Pressetitel an der Kanzlerrede.

Der Streit um die Volkspartei.

Der offen zutage liegende innerpolitische Erfolg, den der Kanzler in Gestalt des endlich zustandekommenen Steuerkompromisses auf der Basis der allerdings formell noch nicht hergestellten großen Koalition zu buchen hat, wird in der gesamten Berliner Presse aller Parteien unumwunden zugegeben. Interessant ist jedoch die verschiedenartige Auffassung, die man in den Parteiorganen über die Bedeutung dieses Sieges findet. Eine der wichtigsten Fragen war bekanntlich die, ob es gelingen würde, die deutsche Volkspartei zur Teilnahme am Kompromiß zu bewegen.

Die Deutsche Tageszeitung, die das Steuerkompromiß verwirft, macht daher der Volkspartei den Vorwurf, sie habe den langen Weg von scharfster Gegnerschaft gegen Wirth bis zu ihrer heutigen Stellung zu ihm mit überaus rascher Schnelligkeit zurückgelegt. Und wenn Herr Dr. Wirth in diesen Tagen einen Sieg errungen habe, so sei es einer über die Deutsche Volkspartei. — Diesem Tadel gegen die Volkspartei schließt sich sogar die der Volkspartei nahestehende Tages Rundschau in sehr scharfer Form an, in dem sie sagt, Herr Wirth sei jetzt auf absehbarer Zeit der sichere Mann auf dem Stuhle Bismarcks, und es sei ihm gleichgültig, wie seine parlamentarische Mehrheit zustande kam. Gleichgültig, daß die Wirtschaftsjahresverhandlungen der Deutschen Volkspartei vor vierundzwanzig Stunden noch erklärten, es sei unmöglich, dem entarteten Organismus unserer Wirtschaft noch eine Goldmilch abzusaugen. Gleichgültig, daß vor vierundzwanzig Stunden das Organ der Volkspartei noch mit starker Stimme erklärte, man könne annehmen, daß die sozialdemokratische Forderung einer Zwangsanleihe mit Entschiedenheit werde abgelehnt werden.

Vom entgegengesetzten Ende der politischen Parteilinie her betrachtet die Freiheit diese Sachlage gerade umgekehrt und meint, die Rede des Reichskanzlers sei nur das Vorbild für die dauernde Rücksichtnahme gewesen, die er nun der neuen Majorität gegenüber bekunden muß, die er für sein Steuerkompromiß gewonnen hat. — Der Vorwurf wiederum legt die Zustimmung der Volkspartei zum Kompromiß dahin aus, die Volkspartei habe rechtzeitig flüchten wollen vor der lächerlichen Rolle derer, die im Irrtum beharren, und die noch heute versichern, das Schönste wäre es gewesen, wenn die Franzosen das Ruhrrevier besetzt hätten. Die Volkspartei habe eingesehen, daß jetzt die Fortführung der Politik der versuchten Erfüllung eines Notwendigkeit ist, und daß man um das „sichbare Opfer des Bestehens“ nicht herumkommt. Nach links hin aber verteidigt der Vorwärts, dessen Partei sich mit dem Kanzler in den Sieg teilen kann, die neue Position mit dem teils ironischen, teils aber sehr ernsthaften Hinweis darauf, daß der Kanzler im Grunde die gleiche Politik treibe, deren Grundgedanken eben erst von einem führenden Unabhängigen als das ursprüngliche geistige Eigentum seiner Partei reklamiert worden seien.

Die so beständig umstrittene Volkspartei selbst hält sich in ihrem Parteiblatt „Die Zeit“ von dieser Polemik fern und richtet, ebenso wie die anderen Organe der mittleren politischen Linie das Augenmerk auf die auswärtige Politik des Kanzlers, in der ein Erfolg erst noch zu ersehen ist. Das Blatt sagt: Wir denken über die Aussichten der Konferenz in Genua nicht ganz so optimistisch wie der Kanzler, möchten aber von Herzen wünschen, daß ihn sein Optimismus nicht trügt. Damit stellt sich diese Partei auch gefühlsmäßig in klarem Maß an die Seite des Kanzlers, wie dies auch die demokratischen und Zentrumsblätter tun, die der „Politik der Sachlichkeit“, welche sie in der Kanzlerrede erkennen, den besten Erfolg über die Gewaltspolitik eines Teils unserer Gegner wünschen.

Der Eindruck im Auslande.

Die Auffassung, daß das Zustandekommen eines annehmbaren Steuerkompromisses ein großer Sieg für Dr. Wirth sei, dessen Prestige während der letzten Tage bei der Behandlung äußerst schwieriger Fragen sehr zugenommen habe, wird nach den Mitteilungen eines englischen Berichterstatters auch in Entente-Ländern geteilt. Ferner erklärt man, daß Deutschland eine Höchstanzahlung gemacht habe, die nicht wiederholt werden könne. Weit zurückhaltender sind natürlich die Franzosen. Der „Petit Parisien“ schreibt, der Kanzler müsse bedenken, daß Frankreich Laten abwarde. Selbst nach den seit acht Monaten von der deutschen Regierung gemachten Anstrengungen sei es schwierig, ihr Vertrauen zu schenken, bevor nicht durch Laten festgestellt sei, daß Deutschland aus geschlossen sei, seinem Kanzler zu folgen.

Deutscher Reichstag.

(181. Sitzung.)

CB. Berlin, 27. Januar.

Die heutige Sitzung, die, von der Beantwortung zweier kleiner Anfragen abgesehen, die Fortsetzung der gestern Abend begonnenen politischen Aussprache brachte, wurde von dem Präsidenten Loebe eingeleitet mit einem Nachruf an die verstorbene Abgeordnete Frau Zieg (M.-Soz.), die gestern während der Sitzung zusammenbrach und heute verstarb. Der Präsident wies darauf hin, daß die Verstorbene eine der ersten Frauen gewesen ist, die für die Gleichberechtigung ihres Geschlechts eingetreten und in das Parlament eingezogen sei. In dieser Stätte ihrer Tätigkeit sei die temperamentvolle, unermüdbare Frau hingestiegen. Das Haus hatte sich während der Rede des Präsidenten von den Sänen erhoben.

Allgemeinen Anzeiger nicht mit einbeziehen will, da wir nur durchaus sachliche Artikel bringen, für die wir volle Verantwortung übernehmen können. Im übrigen hat er uns in dieser Beziehung ganz aus dem Herzen gesprochen. Herr Engstfeld betonte, daß der augenblickliche Zeitpunkt zu ungünstig sei, um Bauholz zu kaufen. Im übrigen soll das Bauprogramm in der nächsten Sitzung der Finanzkommission besprochen werden.

Eine Anzahl Wohnungssachen fand ihre Erledigung. Unterstützungs- und Steueranträge wurden in geheimer Sitzung besprochen.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Arnsberg.

Die Vorstandssitzung beschäftigte sich in Anwesenheit des Herrn Staatskommissars mit einer Reihe wichtiger Fragen, besonders mit einer Anzahl von Gesetzentwürfen, u. a. mit dem Gesetzentwurf über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung, dem Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der Angestellten, dem der Kammerpräsident, belehrt durch die Erfahrungen aus der bisherigen Praxis des 8-Stundentages, ablehnend gegenübersteht. Die Beratungen über ein deutsches Arbeitsrecht machten eine Klärung der Frage nötig, in welchen Fällen der Arbeitgeber den Lohn zu zahlen hat, obgleich der Arbeitnehmer an der Leistung verhindert ist. Die Tariffähigkeit der Innungen hat zu verschiedenen Zweifeln Anlaß gegeben. Es erscheint richtig, nur Mitglieder, die Hilfskräfte beschäftigen, an der Beschlussfassung über Tariffragen mitwirken zu lassen und für die Beschlüsse eine qualifizierte Mehrheit zu fordern.

Einen besonderen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Besprechung der im Reichswirtschaftsrat beschlossenen „Änderung eines Arbeitsnachweisgesetzes“. Es wurde beschlossen, die Berufsberatung und Vermittlung von Lehrstellen wieder aufzunehmen. Zur Frage der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung gewerblicher Räume wurde die Stellungnahme zunächst noch ausgesetzt bis genaueres Material vorliegt. Die Freigabe gewerblicher Räume kann natürlich nur bei Erlaß von Uebergangs- und Schutzbestimmungen erfolgen.

Mehrere Anträge auf Erlaß des Restes der Lehrzeit, auf Zulassung zur Gesellenprüfung und Verleihung von Ehrenurkunden wurden genehmigt. Die unaufhörlich steigenden Kosten machen es notwendig, alle von der Kammer erhobenen Gebühren (für Ein- und Ausschreibung, Gesellen- und Meisterprüfungen) um 100 Prozent zu erhöhen. Als Mitglied für das Finanzgericht beim Landesfinanzamt in Münster wurde der Vorsitzende der Kammer, Herr Wurm-Lüdenscheid gewählt. An der anschließenden Versammlung der Mitglieder der Meisterprüfungskommission für das Malerhandwerk zur Festsetzung einer neuen Prüfungsordnung nahm der Kammerpräsident ebenfalls teil.

Die Jugendherbergen 1909—1921. (Schluß)

4. Industrie und Spender.

Die Industrie befundet in steigendem Umfange, daß sie als die Hauptverbraucherin der lebendigen Kraft auch die Verpflichtung fühlt, mitzuwirken an diesem Werke des Aufbaues und des Vorbeugens. Auch finden sie immer mehr andere Gönner und Herbergstifter. An der Spitze stehen Zul. Blant, Hannover, der Schöpfer der prächtigen „Zul. Blant-Hütte“ am Süntel und der „Jugendlust Zul. Blant-Heide“ in Schneren bei Eilbese, sowie der Sägewerksbesitzer Bröse in Kallenborn (Masfuren).

5. Die Jugend

Die Jugend erfährt immer mehr, daß es sich hier um ihr ureigenstes Werk handelt. In Verbindung mit unseren Ortsgruppen hat sie es in einer Reihe von Städten zu eindrucksvollen Kundgebungen in Gestalt von Herbergstagen und Herbergswochen gebracht. In Essen und Dortmund war das Ertragnis 60—70 000 Mk., in Lüdenscheid 22 000 Mk.

Vorzüglich bewährte sich die Aufklärungsarbeit von Lehrer Kracht, Kaffenberg b. Essen in den Volksschulen. Die im Anschlusse daran vorgenommenen Sammlungen erbrachten nicht weniger als 7000 Mk.

6. Das Reichsherbergsgesetz.

Es betrug die Zahl der Jugendherbergen

1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
17	65	83	200	200	200	200	200	?

1920 1921

700 noch nicht festgestellt

1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
3000	11000	21000	17000	10000	13000	9000	19000	60000

186000 noch nicht festgestellt.

Die meistbesuchten Jugendherbergen waren 1920: Quickbornburg Rothensels a. M. 19 781, Altena (Sauerland) 13 344, Jalkau (Schwarzwald) 4700, Rühude (Sauerland) 3857, Lüdenscheid (Sauerland) 3097, Ludwigsstein (Werra) 2856, Weimar 2730, Nürnberg 2409, Göslar (Harz) 2300, Uexdorf (Bdgb.) 2050 Uebernachtungen.

7. Das Ziel.

Wir wollen durch das allgemeine Jugendwandern eine gesunde starke, reine und frohe Jugend heranziehen. Wir wollen, daß durch die Fühlung mit der Lehrmeisterin Natur der Geist der Jugendbewegung Wurzel schlage bei der Masse der Jugend.

Wir wollen durch diese veränderte Lebensauffassung ein Bollwerk aufrichten gegen Tuberkulose und andere Seuchen, gegen Vergnügens- und Verschwendungssucht, gegen Kino, Alkohol und Zigarette.

Wir wollen durch die Hinfuhr zum Jungbör Natur die Volksgegendheit beeinflussen.

W. A. „5“.

Kleine Nachrichten.

Überführung der Kriegsgefallenen.

Berlin. Eine Verfügung des preussischen Innenministers genehmigt grundsätzlich die Überführung deutscher Kriegsgefallener aus dem Ausland und bestimmt, daß Anträge an das Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau zu richten sind.

Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin. Der Reichstag wird wegen des Lichtmeßfestes und des darauf folgenden Sonntags vom 2. bis 6. Februar eine Pause in seinen Sitzungen eintreten lassen und danach bis zum Beginn der Osterferien am 7. April tagen, jedoch alle 14 Tage den Sonnabend und den Montag sitzungsfrei lassen.

Verbot staatlicher Polizei im besetzten Hessen.

Mainz. Die Vertiefung eines Planes einer Verstaatlichung der Polizei in den hessischen Städten und Gemeinden im besetzten hessischen Gebiet ist unmöglich geworden, da die Besatzungsbehörden ihren Einspruch gegen die Verstaatlichung der Polizei aufrecht erhalten.

Dänische Heeresverminderung.

Kopenhagen. Die Zahl der Infanteriebataillone wird von 52 auf 30 herabgesetzt, die der Kavallerie von 16 auf 9, dagegen werden neue Maschinengewehrformationen errichtet. An Stelle der bisherigen drei Generalkommandos kommt ein Generalkommando. Die Armee untersteht dem Befehl eines Obergenerals. Die jährlichen Ausgaben für das Heer werden auf 42 Mill. Kronen veranschlagt, wozu noch 30 Mill. für Neuanschaffungen kommen.

Neue Unruhen in Ägypten.

Paris. Es sind neue schwere Unruhen in Kairo und in ganz Ägypten ausgebrochen. Man zählt nach vorliegenden englischen Meldungen gegen 200 Tote und über 1000 Verletzte.

Vorkonferenz für Genua.

Brüssel. Binnen wenigen Tagen wird in London eine Zusammenkunft des Internationalen Konföderations für die Wiederherstellung einer geordneten Wirtschaftslage in Europa stattfinden, welche als eine Vorbereitung zur Konferenz in Genua angesehen werden kann. Zu der Zusammenkunft werden je zwei Abgeordnete Belgiens, Frankreichs, Italiens, Englands und Japans erscheinen.

Beendigung der Washingtoner Konferenz.

New York. Die Konferenz von Washington soll ihre Arbeiten am 4. Februar abschließen. Nach Havas werden sich die französischen Vertreter nächsten Sonnabend zur Rückkehr nach Frankreich einschiffen.

Eine holländische Mahnung.

New York. Der Vorsitzende der „Rotterdamse Bankvereniging“, William Westerman hielt vor der hiesigen niederländischen Handelskammer eine Rede, in der er einen zehn-jährigen Zahlungsausschub für Deutschland befürwortete. Er erklärte, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse sei nicht möglich, ehe nicht die politischen und finanziellen Fragen mit Einschluß der Wechselkursfrage geregelt seien.

Kohlenbericht Elektrizitätswerk Marl.

Lagerbestand.

Kraftwerk:	Herdecke	Elserlingsen	Siesel
25. 1. 1922	1165 t	1344 t	249 t
26. 1. 1922	1109 t	1392 t	385 t

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Der neue 15000 R. V. A. Turbogenerator im Kraftwerk Herdecke ist in Betrieb, sodaß die bisherige Zwangseinteilung in

Spät- und Nachtschicht hiermit aufgehoben wird.

Die Strommenge in Kilowattstunden, welche nach Anordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung im Februar d. J. verbraucht werden darf, wird jedem Werk besonders noch mitgeteilt.

Hagen, 27. Januar 1922.

Kommunales Elektrizitätswerk „Mark“ Aktien-Gesellschaft

In das Handelsregister Abt. B unter Nr. 20 ist am 21. Januar 1922 die durch Gesellschaftsvertrag vom 16. Dezember 1921 errichtete Firma Ehringhaus & Boswinkel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz zu Grünbaum eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Metallwaren verschiedener Art. Höhe des Stammkapitals 50000 Mark. Geschäftsführer sind: 1. der Kaufmann Wilhelm Boswinkel zu Grünbaum, 2. der Betriebsleiter Karl Ehringhaus zu Kierspe-Bahnhof. Diese genannten Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft nach außen. Jeder Geschäftsführer ist für sich allein zur Vertretung berechtigt. Die Dauer der Gesellschaft ist vorläufig auf fünf Jahre festgesetzt.

Das Amtsgericht Meinerzhagen.

Biber-Betttücher

bunt gestreift, 140/190 cm 78,00 65⁰⁰
schwere Köper-Qualität 150/200 98⁰⁰

Kalmudecken

140/190 48⁰⁰

Schlafdecken

grau mit dunklen Streifenk. 140/190 65,00 58⁰⁰
weiss mit roten Streifen 140/190 85⁰⁰
extra weiche Ia. Qualität 148⁰⁰
Kamelhaardecken imit. 165⁰⁰

Biberdecken

grau und braun mit Streifenkante 75⁰⁰

Besonders preiswertes Angebot:

Wolldecken

150/200 cm grau mit Streifenkante 175⁰⁰

Pferdedecken 140/170 cm besonders

schwere Ware mit rotgelber Streifenkante 98⁰⁰

Wollfries 125/130 cm

für Fenstermäntel u. Portiären per m von 65⁰⁰ an

Hermann
Kornblum
Hagen i. W., Frankfurterstr. 97—106



Neu eingetroffen:

Taschenlampen-Batterien

Wilh. Bell jr., Halver.

Hochtragende



(Mitte März kalend.) zu verkaufen.

Platzmann, Holt b. Kierspe.



Es hat Gott dem Allmächtigen in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen, unser innigstgeliebtes unvergeßliches Söhnchen

Helmut

im zarten Alter von 1 Jahr 7 Monate zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Dies zeigen an, um stille Teilnahme bittend, die tieftrauernden Eltern:
Carl Bürger u. Frau
Mathilde geb. Maus.

Halver, 27. Januar 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehaus aus statt. - Von Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand nehmen.

Arbeiter

stellt noch ein
Balz- & Drahtwerk,
Halver

Inserate

für die
Tagesansage
erbitten wir bis spätestens
3 Uhr nachm.
tags vorher.

Größere Anzeigen
wolle man früher aufgeben, da sonst für eine schöne Ausstattung und gute Platzierung keine Gewähr übernommen werden kann.

Der Verlag



Kochherde

in jeder Größe
zu Fabrikpreisen
eine Zahlungsweise.
Wiederverkäufer
Sonderpreise

H. Oettershagen,

Fernruf 289. MEINERZHAGEN, Fernruf 289.

Verlangen Sie kostenlos Vertreterbesuch.

Fünf eigene Filialen!